

## STADT BERN

POLITOLOGIN REGULA STÄMPFLI ÜBER POLITIKERINNEN

## «Nur Frau sein genügt nicht»

Ursula Begert will als wilde Kandidatin ihren Gemeinderatssitz verteidigen, die FDP steigt mit Barbara Hayoz in den Wahlkampf: Die Politologin Regula Stämpfli über die Chancen der bürgerlichen Frauen.

◆ Interview: Astrid Tomczak-Plewka

Regula Stämpfli, wie viele Frauen sitzen nächstes Jahr in der Berner Stadtregerung?

Regula Stämpfli: Ich bin keine Kaffeesatzleserin, zumal in Bern die Exekutive verkleinert wird. Aber auf Grund meines Optimismus und auf Grund der Erfahrung rechne ich mit zwei Frauen-sitzen.

Seit dem 10. Dezember ist die Öffentlichkeit auf «Frauenopfer» in der Politik sensibilisiert. Doch das Köpferollen geht weiter (auf Stadtebene Annemarie Lehmann, national Christiane Langenberger). Jüngstes Opfer in Bern: Ursula Begert. Typisch?

Frauen sind in der Politik noch keine Norm. Während es die links-grünen Parteien dank der

«Begerts Chancen sind gering. Politisch engagierten Frauen ist sie zu brav, Bürgerlichen zu links.»

Integration des Feminismus als Politikinhalt verbunden mit parteiinternen Quotenregelungen geschafft haben, Frauen nicht nur zu portieren, sondern auch zur Wahl zu verhelfen, tun sich die bürgerlichen Parteien mit der Frauenförderung immer noch schwer. Frauen in der Politik bringen meist andere inhaltliche Akzente in der Sozial- und Familienpolitik. Dies passt halt oft mit den bürgerlichen Politikinhalt nicht zusammen. Insofern sind die wenigen Frauen in der SVP nicht nur Zufall, sondern strukturell bedingt.

Begert tritt nun wild an. Erhöhen sich damit ihre Chancen?

Ursula Begerts Chancen sind gering. Vielleicht spielt ein gewisser Frauenbonus und Solidaritätseffekt eine Abfederungsfunktion, aber als bürgerliche Frau wird Ursula Begert den politisch engagierten Frauen zu brav und den



bürgerlichen Wählern zu «links» sein. Das Geschlecht allein war noch nie politisches Programm. Nur eine Frau zu sein genügt nicht. Das hat die Abwahl von Ruth Metzler deutlich gezeigt. Ruth Metzler ist nicht zuletzt auch deshalb gescheitert, weil sie – anders als Ruth Dreifuss – weder über eine Frauenhausmacht noch über eine funktionierende Parteihausmacht verfügte. Das wird auch Ursula Begert zum Verhängnis werden.



«Wenn das Frauenthema auch bei den Wahlen noch aktuell ist, spielt das Geschlecht eine wichtigere Rolle als die Politik», sagt Politologin Regula Stämpfli. BILD DANIEL FUCHS

Die FDP hat hingegen eine Frau auf den Schild gehoben. Ist das bewusste Frauenförderung?

Die FDP Stadt Bern kennt – anders als in Zürich beispielsweise – schon lange die Tradition engagierter freisinniger Politikerinnen. So sind innerparteilich die Strukturen vorhanden, Frauen so aufzubauen, dass sie auch valable Kandidatinnen sein können. Die SVP Bern hat die Frauenfrage auf Grund der Auseinandersetzung zwischen Berner und Zürcher Flügel in den letzten Jahren vernachlässigt. Die wenigen prominenten Berner SVP-Frauen sind leider schon etwas in die Jahre gekommen, und ein weiblicher SVP-Nachwuchs ist in Bern nicht in Sicht.

Barbara Hayoz hat in der parteiinternen Ausmarchung Kurt Wasserfallen geschlagen. Welche Chancen wird sie beim Stimmvolk haben?

Es kommt auf die politikulturelle Stimmung auch kurz vor den Wahlen an. Kurt Wasserfallen verfügt immer noch über eine beachtliche Anhängerschaft und hat den Wiederwahlbonus. Er polarisiert aber auch enorm. Hayoz' Chancen sind dann intakt, wenn es ihr gelingt, die Politiken, für welche sie steht, auch

genügend zu kommunizieren. Dies ist gar nicht einfach, da sie sowohl innerhalb als auch ausserhalb der Partei viel Einsatz leisten muss.

Was wiegt schwerer: ihre politische Haltung oder ihr Geschlecht?

Diese Frage zeigt einmal mehr, wie schwer es bürgerliche Frauen in der Politik haben. Nicht nur müssen sie als Parteipolitikerinnen ständig beweisen, dass sie hinter ihrer Partei stehen, nein, sie müssen die manchmal widersprüchliche Frauenpolitik der bürgerlichen Parteien (siehe Mutterschaftsversicherung, AHV-Revision) auch noch als Repräsentantin des eigenen Geschlechts tragen. Wenn das Frauenthema auch noch bei den Wahlen aktuell ist, so wie es momentan den Anschein hat, dann spielt das Geschlecht sicher eine wichtigere Rolle als die Politik.

Werden die Kandidatinnen für den Gemeinderat die weibliche Wählerschaft zusätzlich mobilisieren oder eher unnötig spalten?

Frauen gehen grundsätzlich weniger häufig an die Urne als Männer. Wenn es den erwähnten Kandidatinnen gelingt, ihren eigenen Frauen- und Parteirück-

halt zu mobilisieren, dann sieht die Sache gut aus. Frauen sind nicht einfach Spaltpilz oder Solidaritätsprodukt – es kommt auf die Stimmungslage und die öffentliche Diskussion an.

Sollten die Kandidatinnen bewusst aufs weibliche Wahlvolk setzen?

Sie dürfen alle die Frauen sicher nicht vernachlässigen! Doch ebenso auch nicht die eigene Parteiwählerschaft vergessen. Wie gesagt, Frauen wird nichts geschenkt.

Besteht nicht die Gefahr, quasi aufs Frausein reduziert zu werden? Anders gefragt: Ist Frausein ein politisches Programm?

Wie gesagt, Geschlecht allein ist kein politisches Programm. Und als Frau in Machtpositionen lauern überall Gefahren! Da sind neidische Schwestern, die einem den Erfolg missgönnen, da sind

«Frauen in Machtpositionen treffen auf Klischees, neidische Schwestern, klein-karierte Männer.»

kleinkarierte Männer, die tolle Frauen nicht ertragen, da sind die Medien, die immer wieder Klischees portieren. Jede Frau muss schliesslich den Weg finden, der für sie politisch und inhaltlich stimmt. Wenn Frausein ein ganz wichtiger Programmpunkt dabei ist, gibt es keine «Reduktion», sondern vor allem auch Authentizität!

Sind bürgerliche Parteien frauenfeindlich? Es fällt auf, dass linke Parteien eine bewusster Frauenpolitik betreiben und Frauen an die politische Front schicken.

Ich frage mal andersrum: Sind die Medien frauenfeindlich? So generell sicher nicht, aber es gibt Strukturen, die Frauen mehr Raum lassen als andere. Die bürgerlichen Parteien haben die Auswirkungen der Frauenbewegung noch nicht wirklich verdauen können und zum Teil auch wollen. Wenn die FDP-Frauen jetzt Quoten für Parteigremien fordern, ist das die schmerzliche Einsicht, dass die Männer nicht freiwillig ihre Posten abgeben. Ohne die in den bürgerlichen Parteien verpönten feministischen Rezepte werden die bürgerlichen Parteien mit der Frauenförderung in den eigenen Reihen immer etwas Mühe haben.

Wie müssen Frauen denn auftreten, um in der Politik ernst genommen zu werden?

Indem sie Männer werden! Nein, im Ernst. Frausein ist in unserer traditionellen Gesellschaft, wo junge Frauen noch nicht ernst und ältere Frauen nicht mehr wahrgenommen werden, nicht ganz einfach. Jede Frau in der Öffentlichkeit trifft auf Klischees, Selbst- und Fremdbilder, die nur mit grosser Selbstsicherheit, einem Drang zur Autonomie und einem ausgeprägten Frustrationspotenzial auch lustvoll aufgefangen werden können. Dies ist zwar völlig ungerrecht, aber wer hat den Frauen denn jemals das Paradies versprochen? ◆

PLAKAT-GEBÜHREN

## Die APG krebst zurück

Erfolg fürs Grüne Bündnis: Die Allgemeine Plakatgesellschaft nimmt die Tarifierhöhung für Politplakate zurück. Im Februar hatte das GB wegen der massiven Erhöhung den Preisüberwacher angerufen.

◆ Astrid Tomczak-Plewka

Das Schreiben klingt unspektakulär: «Wir teilen Ihnen mit, dass wir die Ihnen am 28. Januar 2004 übergebene Richtofferte für die Wahlplakatierung zurückziehen», heisst es in einer Mail ans Grüne Bündnis (GB). Absender: die Allgemeine Plakatgesellschaft (APG). Was so harmlos klingt, birgt Sprengstoff. Mit den paar Zeilen macht die APG nämlich rückgängig, was bei Parteien für Aufruhr sorgte: die Erhöhung des Tarifs für Politplakate auf den so genannten Politständern von 40 auf 375 Franken. Die APG begründete die Erhöhung mit zunehmenden Vandalenschäden.

Das GB rief daraufhin den Preisüberwacher an. Dieser hat die Angelegenheit vorläufig sistiert: Schliesslich ist die APG zurückgekrebst. «Wir betrachten dies als Erfolg», erklärt Nico Lutz vom GB-Wahlausschuss.

Zankapfel 1: Politständer

Noch sind aber nicht alle Unstimmigkeiten bereinigt. Im Februar erklärte der Berner APG-Chef Ernst Ehrismann nämlich, es gebe gar keine Verpflichtung, Politständer aufzustellen. Das Stadtparlament sieht es anders: Es hat den Gemeinderat beauftragt, dafür zu sorgen, dass die Ständer vor Wahlen an «zentralen Orten» zu stehen kommen. Für Felix Kubli, der seitens der Stadt die Verhandlungen führt, ist klar: «Die Politständer werden aufgestellt.» Allenfalls müsse man der APG mit der Konzessionsgebühr entgegenkommen.

Zankapfel 2: Gratisplakate

Ein weiterer Punkt ist ebenfalls noch ungelöst. Laut Konzessionsvertrag mit der Stadt Bern ist die APG verpflichtet, bei Wahlen den Parteien dreissig Gratisplakate zur Verfügung zu stellen. «Wir gehen davon aus, dass diese Regelung für alle Wahlen gilt. Die APG hingegen will sie nur bei Gemeinderatswahlen anwenden», sagt Gemeinderat Alexander Tschäppät. Bei den Nationalratswahlen wurden denn auch keine Gratisplakate aufgehängt. Für Nico Lutz ist deshalb klar: «Eigentlich muss die APG uns noch ein Angebot für eine Entschädigung machen.» Wie die Plakatgesellschaft das sieht, bleibt offen: Für eine Stellungnahme war gestern niemand erreichbar. ◆

REKLAME

Berner Fachhochschule Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung HSW Bern

**Wissens-Refill!**

www.hsw.bfh.ch

Partner: swisscom Swiss Economic Forum